

Smartvote von Thomas Gehrig für die Nationalratswahlen 2019

(erstellt am 7. August 2019)

Frage	Antwort	Kommentar zur Antwort erfassen
Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters (z.B. auf 67 Jahre)?	Eher ja	Die Erhöhung des Rentenalters kommt nur in Frage, wenn die körperlich anspruchsvollen Berufe wie beispielsweise im Bausektor oder in der Pflege deutlich früher aus dem Arbeitsprozess aussteigen können als akademische und Büroberufe.
Soll der Staat die Schaffung von familienergänzenden Betreuungsstrukturen finanziell stärker unterstützen?	Ja	Alle Untersuchungen (auch der OECD) belegen, dass familienergänzende Betreuung es Müttern und Vätern erlaubt, insgesamt produktiver am wirtschaftlichen Leben teilzunehmen und damit unseren Wohlstand zu sichern. Gut ausgebildete Frauen und Männer sollen Beruf, Familie und Partnerschaft in einer positiven Art verknüpfen und dafür wenn nötig von Betreuungsunterstützung profitieren können.
Eine Initiative fordert einen bezahlten Vaterschaftsurlaub von vier Wochen. Befürworten Sie dieses Anliegen?	Ja	Junge Väter, die von einem (kleinen) Vaterschaftsurlaub profitieren, werden sich im Anschluss daran umso motivierter wieder im Berufsleben engagieren. Moderne Arbeitgeber lösen diese Absenzen ebenso pragmatisch wie die militärischen Abwesenheiten.
Sollen die Renten der Pensionskasse durch eine Senkung des Umwandlungssatzes gekürzt und an die gestiegene Lebenserwartung angepasst werden?	Ja	Gleichzeitig ist dafür zu sorgen, dass teilzeitlich oder an mehreren Arbeitsplätzen beschäftigte Berufstätige nicht weiterhin von Koordinationsabzügen unmässig gestraft werden.
Befürworten Sie Bestrebungen in den Kantonen zur Senkung der Sozialhilfeleistungen?	Nein	Wir haben als Gesellschaft dafür zu sorgen, dass es auch den wirtschaftlich Schwächeren möglich ist, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Eine undifferenzierte Senkung der Sozialhilfeleistungen setzt keine Verbesserungsanreize. Gleichzeitig ist es richtig, dass die Bezugsberechtigung überprüft wird, um die ganz wenigen Betrugsfälle im Sozialsystem möglichst zu erkennen.
Soll der Bund den gemeinnützigen Wohnungsbau verstärkt fördern?	Eher ja	Weil gemeinnützige Baugenossenschaften zwar ohne Gewinnabsicht, aber nicht ausschliesslich preisgünstig bauen, haben dank dieser Unterstützung auch Familien aus dem Mittelstand eine reelle Chance, zu bezahlbarem Wohn(mit)eigentum zu kommen.
Sollen sich die Versicherten stärker an den Gesundheitskosten beteiligen (z.B. Erhöhung der Mindestfranchise)?	Ja	Parallel sind weiterführende Kostendämpfungsmassnahmen zu prüfen.

Würden Sie die Einführung der Widerspruchslösung bei der Organspende befürworten?	Ja	Wir können es uns nicht länger leisten, hochwertige Organe "aus administrativen Gründen" nicht zur Lebensrettung einsetzen zu können. Und wer seine Organe - aus welchen Gründen auch immer - nicht spenden will, kann sich problemlos vor einer Organentnahme schützen. Der Systemwechsel ist überfällig.
Soll für Kinder eine Impfpflicht gemäss dem Schweizerischen Impfplan eingeführt werden?	Eher nein	Impfen bietet einen sehr hohen Schutz vor Erkrankung. Trotzdem sollen Eltern auf der Grundlage guter, verständlicher Informationen selber entscheiden können, wie sie den Impfschutz gewährleisten wollen. Es muss beispielsweise möglich sein, die kombinierten Impfungen auch einzeln zu verabreichen, um die Belastung des Körpers zu mindern.
Eine Initiative fordert, dass die Prämienverbilligung so ausgestaltet wird, dass niemand mehr als zehn Prozent des verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien aufwenden muss. Befürworten Sie dies?	Nein	Das im Grundsatz gut gemeinte Anliegen verkennt die Tatsache, dass sich das verfügbare Einkommen in kurzer Zeit sehr stark verändern kann - vom Doppelverdiener zur Familie, Einschub einer Weiterbildung etc. Für Selbständige variiert das Einkommen zusätzlich in einem Mass, welche keine plausible Berechnung zulassen würde.
Eine Initiative möchte dem Bund mehr Kompetenzen geben, um Massnahmen zur Senkung der Gesundheitskosten zu ergreifen (Einführung einer Kostenbremse). Befürworten Sie dies?	Eher ja	Das ist allerdings weiterhin die Quadratur des Kreises ...
Soll sich der Staat stärker für gleiche Bildungschancen einsetzen (z.B. mit Nachhilfe-Gutscheinen für Schüler/-innen aus Familien mit geringem Einkommen)?	Eher ja	Bildung ist neben Innovation das Schlüsselement für unsere Volkswirtschaft. Allerdings reichen Gutscheine nicht aus, um bestehende Defizite auszugleichen. Das Bildungsniveau soll insgesamt gesteigert werden - in der Schul- und Berufsbildung werden die Ansprüche tendenziell nach unten nivelliert, was der Wirtschaft schadet. Junge Menschen müssen mit einem Rucksack voller Kompetenzen aus der Bildungsmaschinerie herauskommen - und sich ein Leben lang weiterbilden.
Finden Sie es richtig, wenn Schulen Dispense aus religiösen Gründen für einzelne Fächer oder Veranstaltungen bewilligen (z.B. Sport- oder Sexualkundeunterricht)?	Nein	Die Entwicklung des Lehrplans ist derart breit abgestützt, dass dieser Konsens durchzusetzen ist.

Soll der Bund die finanzielle Unterstützung für die berufliche Weiterbildung und Umschulung ausbauen?	Eher ja	Weiterbildung und Umschulung sind wichtige Faktoren, um marktfähig zu bleiben. Es ist allerdings sinnvoller, Geldmittel in die Verbesserung der Angebotsqualität zu stecken und nicht Angebote zu verbilligen. Mit einem gezielten Förder- und Darlehenssystem kann sichergestellt werden, dass niemand aus finanziellen Gründen von Weiterbildung ausgeschlossen wird. An Weiterbildung darf aber durchaus eine Rückzahlungspflicht geknüpft werden, weil damit die Marktfähigkeit verbessert wird.
Gemäss dem Konzept der integrativen Schule werden Kinder mit Lernschwierigkeiten oder Behinderungen grundsätzlich in regulären Schulklassen unterrichtet. Befürworten Sie dies?	Eher nein	Der Zusatzaufwand für die vollständig integrative Schule steht häufig in einem schlechten Verhältnis zum Ertrag. Ein Anteil individualisierter Unterricht entlastet die Regellehrkräfte von einem sehr grossen Zusatzaufwand.
Sollen Ausländer/-innen, die seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz leben, das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene erhalten?	Ja	Die lokale Integration ist ein Schritt, der später auch zur Einbürgerung führen kann. Und weil es sich bei den lokalen Entscheidungen nicht um staatspolitische Grundsatzfragen handelt, darf die Türe in Richtung "one person - one vote" geöffnet werden.
Ist die Begrenzung der Einwanderung für Sie wichtiger als der Erhalt der Bilateralen Verträge mit der EU?	Nein	Die Bilateralen und das Rahmenabkommen sind unsere Integrationsinstrumente in den europäischen Wirtschafts- und Bildungsraum.
Sollen Sans-Papiers einfacher einen geregelten Aufenthaltsstatus erhalten?	Eher ja	Vor allem Kinder von Sans-Papiers sind die Opfer, wenn sie keinen geregelten Status erreichen können. Und ein rasches, rechtsstaatlich verlässliches Asylverfahren ist ebenso zentral, um möglichst wenige Sans-Papiers "entstehen" zu lassen.
Befürworten Sie eine weitere Verschärfung des Asylrechts?	Nein	Das Asylrecht ist griffig genug und erfüllt seinen Zweck.
Sollen die Anforderungen für Einbürgerungen erhöht werden?	Nein	Unsere bereits heute sehr hohen Einbürgerungshürden sorgen dafür, dass wir einen vergleichsweise hohen Anteil an ausländischer Wohnbevölkerung haben. Wer den Willen zur Einbürgerung mitbringt und die heutigen Anforderungen erfüllt, soll das Ziel erreichen können. Ein hoher Stellenwert kommt dabei der Sprachkompetenz in einer Landessprache zu - ohne Sprachkenntnis ist kaum Integration und in der Folge auch keine Einbürgerung möglich.
Soll der Bund Ausländer/-innen bei der Integration stärker unterstützen?	Eher ja	Eine stärkere Unterstützung erlaubt es, auf ungenügende Integrationsleistung zu reagieren.
Soll der Konsum von Cannabis legalisiert werden?	Ja	Der Jugendschutz kann mit einem nicht durchsetzbaren Gesetz nicht gewährleistet werden. Mit der Legalisierung darf der Staat aber auch die Prävention auf hohem Niveau beibehalten.

Sollen gleichgeschlechtliche Paare in allen Bereichen die gleichen Rechte wie heterosexuelle Paare haben?	Ja	Eine liberale Gesellschaft reglementiert keine derart persönlichen Fragen. Und Kinder sind in jedem Fall auf ein liebevolles und wertschätzendes Familienumfeld angewiesen - wie auch immer es sich zusammensetzt.
Sollen die Regeln der Fortpflanzungsmedizin weiter gelockert werden?	Eher ja	
Befürworten Sie eine strengere Kontrolle der Lohngleichheit von Frauen und Männern?	Eher ja	Das Problem liegt allerdings weniger in der Forderung für "gleichen Lohn bei gleicher Arbeit". Frauen sind tendenziell in der Berufseinstufung handicapiert, weil immer noch typische Berufsbilder von Frauen ((Pflege, Labor etc.) im Vergleich tiefer eingestuft sind als Berufsbilder für Männer (Polizist). Auch wenn alle alles lernen und betreiben können, sind die Berufsunterschiede immer noch beträchtlich.
Würden Sie es befürworten, wenn in der Schweiz die direkte aktive Sterbehilfe durch eine/-n Arzt/Ärztin straffrei möglich wäre?	Eher ja	Wenn sich ein Mensch für den freiwilligen Tod entscheidet, soll das begleitende Umfeld über einen höchstmöglichen Grad an beruflicher und sozialer Kompetenz verfügen. Wie bei Pfarrpersonen ist es auch bei Ärzt/innen letztlich ein Gewissensentscheid.
Haben für Sie Steuersenkungen auf Bundesebene in den nächsten vier Jahren Priorität?	Eher nein	Der Steuerausgleich zwischen den Kantonen ist vergleichsweise die dringendere Anforderung.
Befürworten Sie eine weitergehende Reduktion der Beitragszahlungen finanzstarker Kantone an die finanzschwachen Kantone im Rahmen des Finanzausgleichs (NFA)?	Eher nein	Das NFA-System ist im Grundsatz verlässlich. Es darf aber mit Anreizen optimiert werden, um die Nehmerkantone an ihre Pflicht zu erinnern ...
Sollen Ehepaare getrennt als Einzelpersonen besteuert werden (Individualbesteuerung)?	Ja	Ein dringendes Gebot der Stunde!
Befürworten Sie eine Beschränkung des Wettbewerbs zwischen den Kantonen bei der Unternehmenssteuer?	Eher ja	Exzesse sind aktiv zu vermeiden. Grundsätzlich soll der Wettbewerb langfristigen Investitionsnutzen stiften und keine Steueroptimierung für wenige Jahre generieren.
Sollen Privathaushalte ihren Stromanbieter frei wählen können (vollständige Liberalisierung des Strommarktes)?	Ja	Mit den Anreizen, welche die nichtfossilen Energieträger für Privathaushalte schaffen können, bekommt die freie Wahl des Stromanbieters eine zusätzliche qualitative Komponente.

Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von CHF 4'000 für eine Vollzeitstelle?	Eher nein	Es ist wichtig, dass der Lohn den Lebensunterhalt ermöglichen soll. Eine starre Limite würde aber die Wirtschaft im Spielraum behindern und auch den regionalen Gegebenheiten nicht angemessen Rechnung tragen.
Sollen Schweizer Unternehmen durch die Einführung von Investitionskontrollen besser vor Übernahmen durch ausländische Käufer geschützt werden?	Eher nein	Eine global agierende Wirtschaft kann mit solchen Massnahmen nicht gesteuert werden. Es braucht eher Anreizsysteme, dass sich beispielsweise Pensionskassen an Schweizer Unternehmen beteiligen und damit dem Ausverkauf entgegenwirken.
Befürworten Sie eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten?	Ja	Das heutige System verzerrt den Markt und kann mit einer Liberalisierung, gekoppelt mit einem sinnvollen Schutz der Arbeitskräfte, korrigiert werden. Die vollständige Liberalisierung ist ein Abbild einer Gesellschaft, die nicht mehr in Tag und Nacht, Werktag und Sonntag unterscheidet.
Soll der Kündigungsschutz für ältere Angestellte ausgebaut werden?	Eher nein	Das gut gemeinte Anliegen erhöht das Risiko, älter werdende Arbeitnehmer noch früher aus dem System zu entfernen. Die Wirtschaft ist zunehmend auf diese erfahrenen Arbeitskräfte angewiesen. Die Befähigung älterer Angestellter ist deutlich effektiver als passiver Kündigungsschutz.
Soll der Bund das Service-Public-Angebot (z.B. ÖV-Verbindungen, Poststellen) in den ländlichen Regionen stärker fördern?	Eher nein	Mit Rufbus, Kombilösungen für Poststellen und anderen Massnahmen lassen sich alternative Wege beschreiten, um den Service Public auch in Randregionen zu gewährleisten.
Soll der Ausbau des Mobilfunknetzes nach 5G-Standard weiter vorangetrieben werden?	Ja	Eine digitaler werdende Gesellschaft braucht entsprechende Ressourcen. Beim 5G-Ausbau ist der Schutz vor Strahlung zu gewährleisten.
Sollen Online-Vermittlungsdienste (z.B. "Airbnb"-Unterkünfte, "Uber"-Taxidienste) stärker reguliert werden?	Eher nein	Es muss gewährleistet werden, dass diese Anbieter die gesetzlichen Regelungen im selben Mass einhalten müssen wie die "klassischen" Anbieter.
Eine Initiative fordert, dass die Schweiz ab 2050 auf die Verwendung fossiler Energieträger verzichtet. Unterstützen Sie dieses Anliegen?	Ja	Es braucht jetzt den Fokus auf neue Technologien - und auch Minderverbrauch.

Bislang wird auf fossile Brennstoffe (z.B. Heizöl oder Erdgas) eine CO2-Abgabe erhoben. Soll diese Abgabe auch auf Treibstoffe (z.B. Benzin und Diesel) ausgeweitet werden?	Ja	Der "homo oeconomicus" lässt sich pragmatisch über die Kosten steuern ...
Soll der Bund erneuerbare Energien stärker fördern?	Ja	Keine Deckelung von Fördermassnahmen, die aber durchaus anreizorientiert ausgestaltet werden sollen.
Sollen stark befahrene Autobahnabschnitte auf sechs Spuren ausgebaut werden?	Eher ja	Der motorisierte Individualverkehr bleibt noch für längere Zeit eine Realität, auch wenn er CO2-frei betrieben wird. Jeder Autobahnausbau muss aber mit Massnahmen des intelligenten Verkehrsmanagements gekoppelt werden. Zudem könnte mit einer Tunnellösung für den geplanten A1-Autobahnausbau im Bereich Härkingen - Luterbach auch wertvolles Kulturland zurückgewonnen werden.
Befürworten Sie die Einführung von "Road Pricing" für den motorisierten Individualverkehr auf vielbefahrenen Strassen?	Ja	Angebot und Nachfrage ... Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen eine spürbare Lenkungswirkung.
Befürworten Sie eine Lockerung der aktuell gültigen Schutzbestimmungen für Grossraubtiere (Luchs, Wolf, Bär)?	Nein	Das Oekosystem ist noch weit davon entfernt, zu kollabieren.
Soll das geltende Moratorium für gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere in der Schweizer Landwirtschaft über das Jahr 2021 hinaus verlängert werden?	Eher ja	Für einen definitiven Entscheid muss aber die Forschung weiter getrieben werden.
Sollen nur noch Landwirte Direktzahlungen erhalten, die einen erweiterten ökologischen Leistungsnachweis erbringen (u.a. Verzicht auf synthetische Pestizide und Beschränkung des Antibiotika-Einsatzes)?	Eher ja	Die Landwirtschaft kann mit gezielten Anreizen auf einen ökologischeren Weg gebracht werden. Allerdings verkennt die radikale Schwarz-Weiss-Lösung die komplexe Realität vieler Bauernbetriebe. Das grundsätzlich richtige Ziel braucht ein kooperatives Vorgehen und keine Holzhammermethode.

Befürworten Sie einen Ausbau des Landschaftsschutzes (z.B. strengere Regeln zum Bauen ausserhalb bestehender Bauzonen)?	Eher ja	Es braucht eine Gesamtsicht, um die bestehenden Gesetze und Regeln über alle Kantone hinweg konsequent und mit Augenmass anzuwenden.
Befürworten Sie strengere Tierschutzregelungen für die Haltung von Nutztieren (z.B. permanenter Zugang zum Aussenbereich)?	Ja	Die Fleischproduktion soll hohen Qualitätsansprüchen genügen müssen. Davon profitieren auch die Nutztiere.
Soll die Finanzierung von Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen offengelegt werden müssen?	Ja	Damit lassen sich Interessenkollisionen pragmatisch verhindern.
Soll die Einführung der elektronischen Stimmabgabe bei Wahlen und Abstimmungen (E-Voting) weiter vorangetrieben werden?	Eher ja	Die technischen Anforderungen genügen allerdings noch nicht, um eine rasche Umsetzung zu realisieren.
Befürworten Sie die Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre?	Ja	Ein früheres Stimmrechtsalter lässt den Staatskundeunterricht der Volks- und Berufsschule noch relevanter werden und führt junge Menschen direkt auf das politische Trainingsfeld. Und - Alter schützt vor Torheit nicht: Wer später wählt und abstimmt ist nicht per se "mündiger" ...
Soll die Schweiz das Schengen-Abkommen mit der EU kündigen und wieder verstärkte Personenkontrollen direkt an der Grenze einführen?	Nein	Die Personenfreizügigkeit ist ein Wert für eine liberale Gesellschaft. Mit dem Schengen-Abkommen haben wir eine pragmatische Lösung, um im europäischen Kontext angemessen für Sicherheit zu sorgen.
Soll auf die vom Bundesrat vorgeschlagene Verschärfung der Zulassungsbedingungen zum Zivildienst verzichtet werden?	Eher ja	Allerdings ist das System "Armee - Zivilschutz - Zivildienst" so auszugestalten, dass der verfassungsmässige Auftrag der Armee nicht vom Zivildienst kannibalisiert werden kann.
Sollen Exporte von Kriegsmaterial aus der Schweiz verboten werden?	Eher ja	Es müssen Kriterien definiert werden, welche die Waffenlieferung in Kriegs- und Krisengebiete (Bürgerkriegsgebiete) verhindert. Die höheren Kosten für den Rüstungsbedarf der Schweizer Armee bei limitierten Exporten und die dahinter liegenden Arbeitsplätze sind in diesem Kontext sauber abzuwägen.

Befürworten Sie die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge für die Schweizer Armee?	Ja	Die Schweiz ist völkerrechtlich verpflichtet, ihren Luftraum zu schützen. Als Folge unserer Neutralität kommt eine weitergehende Annäherung an das NATO-Verteidigungsbündnis in Frage, was uns in eine eigene glaubwürdige Luftverteidigung investieren lässt.
Würden Sie eine Ausdehnung der rechtlichen Möglichkeiten zur Fahndung mittels DNA-Analyse befürworten?	Eher nein	Dabei handelt es sich um eine heikle Grenzverletzung der Persönlichkeitssphäre.
Soll die Schweiz Verhandlungen über den Beitritt zur EU aufnehmen?	Nein	Priorität haben das Rahmenabkommen und eine verlässliche Partnerschaft mit der EU auf der Basis der Bilateralen. Beitrittsverhandlungen stehen ganz weit hinten auf der Agenda.
Soll der Bundesrat ein Freihandelsabkommen mit den USA anstreben?	Eher ja	Freihandel ist ein Schlüsselement der Weltwirtschaft. Allerdings gilt es immer abzuwägen, was im Gegenzug die Schweiz fluten würde ...
Eine Initiative fordert, dass die Haftungsregeln für Unternehmen mit Sitz in der Schweiz in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards im Ausland verschärft werden. Befürworten Sie dies?	Ja	Falls der Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative keine Mehrheit findet, müsste die Initiative selber angenommen werden - ein pragmatischer Hebel für die Verbesserung der globalen Standards. Wir sind auch dafür verantwortlich, was wir nicht tun ...
Befürworten Sie die Kandidatur der Schweiz für einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat?	Ja	Unsere Erfahrung in der Völkerverständigung kann auch auf dieser Ebene nutzbringend eingebracht werden.
Wie beurteilen Sie diese Aussage: "Wer sich nichts zuschulden kommen lässt, hat von staatlichen Sicherheitsmassnahmen nichts zu befürchten."	5	Als Standard korrekt, aber im Einzelfall wohl nicht immer gewährleistet.
Wie beurteilen Sie die folgende Aussage: "Von einer freien Marktwirtschaft profitieren langfristig alle."	6	Damit alle profitieren, müssen die sozialen Rahmenbedingungen ebenfalls durchgesetzt werden. Nur "freie Marktwirtschaft" führt ohne Korrekturmassnahmen zu Opfern.
Wie beurteilen Sie diese Aussage: "Vermögende sollen sich stärker an der Finanzierung des Staates beteiligen."	5	Das ist bereits zu einem grossen Teil Realität. Sinnvollerweise wird eher Vermögen als Einkommen belastet.

Wie beurteilen Sie diese Aussage: "Für ein Kind ist es am besten, wenn ein Elternteil Vollzeit für die Kinderbetreuung zu Hause bleibt."	Gar nicht ein	Der Entscheid über das richtige Familien- und Betreuungsmodell ist keine staatliche Aufgabe. Wenn sich Eltern aus Überzeugung für das klassische Familienmodell entscheiden, ist das ebenso in Ordnung, wie wenn sie eine den individuellen Bedürfnissen angepasste Lösung vereinbaren.
Wie beurteilen Sie die folgende Aussage: "Die fortschreitende Digitalisierung bietet deutlich mehr Chancen als Risiken."	Vollständig ei	Weil die Formulierung auf Chancen und Risiken hinweist, ist sie absolut zu bejahen. Mit den Risiken als Folge der Digitalisierung ist jedenfalls achtsam umzugehen, um die Chancen bestmöglich nutzen zu können.
Wie beurteilen Sie diese Aussage: "Die Bestrafung Krimineller ist wichtiger als deren Wiedereingliederung in die Gesellschaft."	2	Strafe ist kein Wert an sich, aber es gibt Straftaten, bei welchen die Wiedereingliederung aus Rückfallgefahr kein Ziel mehr sein kann. Dem Schutz der Gesellschaft kommt ein hoher Stellenwert zu.
Wie beurteilen Sie die folgende Aussage: "Ein stärkerer Umweltschutz ist notwendig, auch wenn er zu Lasten des Wirtschaftswachstums durchgesetzt werden muss."	6	Wenn die Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt werden, so schliessen sich ökologische Limiten und wirtschaftlicher Erfolg nicht aus - im Gegenseil. Allerdings braucht es für tragfähige Lösungen häufig etwas mehr Innovationskraft ...
Soll der Bund im Bereich "Entwicklungshilfe" mehr oder weniger ausgeben?	Mehr	Der Fokus auf einzelne Zielländer und die Wirkungsmessung sind wesentliche Elemente, um in der Entwicklungszusammenarbeit Nutzen zu stiften, der auch für die Schweiz Vorteile mit sich bringt: Bekämpfung von Migrationsgründen an der Quelle.
Soll der Bund im Bereich "Landesverteidigung" mehr oder weniger ausgeben?	Mehr	Die mit der Armee vereinbarten Mittel für die WEA sind zu gewährleisten. Das führt zu einem leichten Anstieg, wenn die von der Politik gesetzten Ziele (u.a. Vollausrüstung) realisiert werden sollen.
Soll der Bund im Bereich "Öffentliche Sicherheit" mehr oder weniger ausgeben?	Gleich viel	
Soll der Bund im Bereich "Bildung und Forschung" mehr oder weniger ausgeben?	Gleich viel	Es braucht nicht zusätzliche Mittel, weil das Bildungsbudget des Bundes bereits heute kontinuierlich ansteigt. Der Mitteleinsatz kann allerdings optimiert werden; zu viel Ressourcenkommen nur indirekt in der Bildung zum Einsatz.
Soll der Bund im Bereich "Soziale Wohlfahrt" mehr oder weniger ausgeben?	Gleich viel	Wir werden im Bereich der sozialen Wohlfahrt sehr schnell die ehrenamtlichen Leistungen ausbauen müssen, um den Standard halten zu können. Wir haben hier durch die Überalterung der Bevölkerung ein strukturelles Defizit, das andere Massnahmen als mehr Geld benötigt.

Soll der Bund im Bereich "Strassenverkehr (Motorisierter Individualverkehr)" mehr oder weniger ausgeben?	Weniger	Die Verkehrsentwicklung muss jedenfalls als Gesamtsystem betrachtet werden.
Soll der Bund im Bereich "Öffentlicher Verkehr" mehr oder weniger ausgeben?	Gleich viel	Auch der öV kann nicht grenzenlos ausgebaut werden. Es braucht intelligente Lösungen in der Mobilität und in der Wirtschaft (Flexibilisierung der Arbeit), um den Kollaps zu verhindern.
Soll der Bund im Bereich "Landwirtschaft" mehr oder weniger ausgeben?	Weniger	Wir müssen die politischen Anforderungen an die Landwirtschaft sauber definieren, um davon den Mittelbedarf ableiten zu können.